

**Forschungsinstitut**  
***Urban Management und Governance***  
**Tätigkeitsbericht 2019**

## **1 Editorial**

### **1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts**

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2019 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger/inne/n in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2019 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

### **1.2 Mitarbeiter/innen**

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

#### *Leitung:*

- Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Verena Madner
- Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate E. Meyer

#### *Affiliierter Professor:*

- Univ.-Prof. Dr. Markus A. Höllerer

#### *Faculty:*

- Dr. Vitaliano Barberio
- Dr. Ali Aslan Gümüşay
- Lisa-Maria Grob, LL.M.
- Birgit Hollaus, LL.M.
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Ines Kuric, MSc
- Dr. Stephan Leixnering
- Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU)
- Nikolai Staudinger, MSc
- Sebastian Vith, MA MSc

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler/innen der WU Wien über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt, LL.M. (Harvard)
- Ass.-Prof. Dr. Dennis Jancsary
- Dr.<sup>in</sup> Heike Mensi-Klarbach
- Dr. Achim Oberg

#### *Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter/innen:*

- Katrin Fetzer, BA
- Nikolas Hartmann, LL.B.
- Denise Mezgolits, BSc

- Evelyn Pleschberger, LL.B.
- Anna Rieckh, BA
- Ilona Rumanus, BSc
- Jonathan Stoll, BSc
- Klaus Wolfsgruber LL.B. oec.

Weitere Studierende haben im Rahmen von Werkverträgen an Forschungsprojekten mitgewirkt.

*Gastwissenschaftler/in:*

- Dr. Sophie Alkhaled (Lancaster University, Großbritannien)
- Prof. W. E. Douglas Creed, PhD (Fulbright Visiting Professor; The University of Rhode Island, Boston/MA, USA)
- Dr. Ricardo Flores (University of Victoria, Kanada)
- Pedro Monteiro, PhD (EM Lyon, Frankreich)
- Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Zeppelin-Universität, Friedrichshafen, Deutschland)

*Mitarbeiterinnen in der Administration:*

- Mag.<sup>a</sup> Ute Springer
- Mag.<sup>a</sup> Heike Wiesner

## **2 Tätigkeiten im Jahr 2019**

### **2.1 Forschung**

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher/innen des Berichtsjahres 2019.

innen des Berichtsjahres 2019.

### **(Neue) Organisationsformen und ihre Governancemechanismen**

#### Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischt-wirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtliche Rahmenbedingungen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktische Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität sowie der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl

von Leistungen für die Bürger/innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht.

Im Berichtsjahr wurden Projektergebnisse im Rahmen einer internationalen Publikation veröffentlicht, die auf spezifische Governance-Mechanismen bei der wirksamen Implementierung von Geschlechterdiversität in Leitungsorganen von öffentlichen Unternehmen abstellt. Eine weitere Publikation zur Steuerung von „Domestic City Organizations“, die als selbständige Einheiten im vollständigen Eigentum oder unter der Aufsicht einer Stadt gefasst werden, befindet sich derzeit im Begutachtungsverfahren einer internationalen Fachzeitschrift. Die vorliegenden Projektergebnisse werden zudem laufend im Bereich der Lehre sowie des Wissenstransfers zugänglich gemacht.

#### Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z.B. die „Benefit Corporation“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwachserwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unterneh-

mensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten die Bedeutsamkeit der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. 2019 wurden die bisherigen Projektergebnisse weiter auf internationalen Foren diffundiert und eine internationale Publikation vorbereitet. Die internationale Kooperation zum Themenkreis mit der Mines ParisTech (Paris, Frankreich) und der Università Commerciale Luigi Bocconi (Mailand, Italien) konnten dabei durch gemeinsame Beiträge, etwa ein gemeinsames Panel auf der Jahrestagung der Italian Society of Law and Economics in Mailand, weiter gestärkt werden. Zusätzlich konnte 2019

mit großem Erfolg ein internationaler Professional Development Workshop auf der Academy of Management in Boston (Vereinigte Staaten von Amerika) vom Forschungsinstitut mitorganisiert und das Projektthema damit auf einem einschlägigen internationalen Forum positioniert werden. Zudem wurde im Berichtsjahr die Ausgabe einer renommierten internationalen Jahrbuchserie zum Projektthema auf den Weg gebracht, die von Angehörigen des Forschungsinstituts mitherausgegeben wird und 2021 erscheinen soll.

## **Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends**

### Open Government

Open Government ist ein Konzept, das aus wirtschaftlicher wie auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen innovativen Beitrag zur modernen Stadtverwaltung leisten kann. In der Praxis sehen sich Stadtverwaltungen mit neuen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert, wie etwa mit der Suche nach Governance-Mechanismen, welche die Steuerung von offenen Innovationsprozessen erlauben. Daran knüpft die grundlegende Fragestellung des Projektes an: Mittels welcher Governance-Mechanismen lassen sich Netzwerkprozesse steuern, und welche Veränderungen implizieren diese Mechanismen für Managementpraktiken und Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung? Aufbauend auf dem Pilotprojekt „Organizing the Open“ wird diese Fragestellung

im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie (Benchmarking) erörtert. Dabei werden Governance-Mechanismen in Open-Government-Prozessen in Stadtverwaltungen von Wien, Zürich, Berlin, Hamburg und München erforscht und systemisch miteinander verglichen. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Governance-Modell für Open Government zusammengefasst.

Nach zwei internationalen Publikationen über die Projektergebnisse wurde im Berichtsjahr die umfassende quantitative Auswertungen der umfassenden erhobenen Daten fortgesetzt.

### PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion

Das Ziel des durch das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ geförderten Projektes PERCEIVE („Perception and Evaluation of Regional and Cohesion Policies“) ist es, zum besseren Verständnis des europäischen Zusammenhaltes im Sinne der „Einheit in Vielfalt“ beizutragen. Dazu wird untersucht, inwiefern verschiedene nationale und gesamteuropäische politische Maßnahmen unterschiedliche Wahrnehmungen der Europäischen Union (EU) schaffen und je nach Region in unterschiedlichem Ausmaß zur Identifikation der Bürger/innen mit der EU beitragen. Dabei verfolgt PERCEIVE einen multidisziplinären Zugang, der sozial- und politikwissenschaftliche sowie regionalökonomische Ansätze verbindet.

Im Berichtsjahr wurde das Projekt erfolgreich abgeschlossen. Auf Basis der Forschungsergebnisse wurden Policy-Empfehlungen für die Umsetzung und Kommunikation von Kohäsionspolitik sowie ein digitales Simulation-Interface erstellt. Insbesondere kommunikationszentrierte Forschungsergebnisse und Empfehlungen wurden zudem bei Tagungen der EU-Generaldirektion für Regionalpolitik in Brüssel und Palermo sowie bei internationalen Konferenzen vorgestellt.

### Sharing Economy

Verschiedene Modelle der Sharing Economy – wie beispielsweise Car-Sharing, Co-Working, Community Gardening oder auch die temporäre Vermietung von Wohnungen – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit Kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing Economy Modelle (Gefährdung von Arbeitsplätzen, Ausbleiben von Steuereinnahmen, Senkung der Standards bei Arbeitnehmer/innen-Rechten etc.) in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (wie das Hotelgewerbe und das Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Mit diesen Konflikten

konfrontierte Kommunen haben unterschiedliche Antworten im Umgang mit Sharing-Economy-Modellen gefunden: Während die Mehrzahl der Kommunen eher abwartet, versuchen einzelne, über bilaterale Vereinbarungen mit führenden Sharing Economy-Plattformen – oder auch mittels intensiverer Regulierung – negative Auswirkungen von Sharing-Modellen zu reduzieren. Insbesondere größere Kommunen sehen sich zum proaktiven Handeln gezwungen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind, z.B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze der Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde die Befragung von Sharing-Economy-Organisationen in Wien durchgeführt und mit der Auswertung der erhobenen Daten begonnen. Hierbei kooperiert das Forschungsinstitut mit der Stadt Wien (MA 23) sowie dem Institut für Organization Studies. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt wurden bei diversen wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen vorgestellt sowie in einer internationalen Publikation veröffentlicht.

### Collaborative Governance in Krisensituationen

Die gegenwärtige Debatte, welche Organisationsparadigmen heute im öffentlichen Sektor

bestimmend sind, ist durch eine Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen gekennzeichnet. Das gilt für normative Vorstellungen von „Good Governance“ gleichermaßen wie für analytische Konzepte in der Wissenschaft. Neue Probleme wie etwa humanitäre Herausforderungen (z.B. die „Flüchtlingskrise“) oder der Klimawandel zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen von „Collaborative Governance“ erproben müssen, um die „capacity to act“ in solchen Situationen zu erhalten. Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit. „Wicked problems“ sind durch polizentrische Governance und distribuierte Entscheidungsmodi gekennzeichnet und stellen immer auch organisatorische Herausforderungen dar – nicht zuletzt, weil dabei auch diverse, teils gegensätzliche Interessen aufeinandertreffen.

Der Fokus des Projektes im Berichtsjahr lag auf der Identifikation weiterer Beispiele solcher Konstellationen im urbanen Kontext, um diese in weiterer Folge auch empirisch untersuchen zu können. Darüber hinaus wurde ein konzeptioneller Schwerpunkt auf „Collective Action in Crises“ gelegt, wobei das Forschungsinteresse jenem Set von Praktiken gilt, die kollektives Handeln in Krisensituationen ermöglichen. Zudem konnten weitere Projektergebnisse in einer internationalen Fachzeitschrift veröffent-

licht und die Projektergebnisse in unterschiedlichen internationalen Foren diffundiert werden.

#### Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müssen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisationen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt damit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund/inn/en – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund/inn/en-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Im Berichtsjahr lag der Projektfokus weiterhin auf der Diffusion der Zwischenergebnisse der

durchgeführten Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen, die vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde. Dabei wurde auch ein Fokus auf die Verwaltungspraxis gelegt, etwa im Rahmen eines Symposiums des Stadtrechnungshofs Wien oder von Vernetzungstreffen mit dem Rechnungshof. Weiters wurde die Arbeit an einer internationalen Publikation fortgesetzt; dabei wurde auch auf die Ergebnisse des Projekts „Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten“ zurückgegriffen.

#### Organizational Resilience in a City Context

Im breiteren Kontext innovativen Stadtmanagements hat in jüngerer Vergangenheit das Thema der „Resilienz“ von Städten („city resilience“) erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Unter Resilienz wird in diesem Zusammenhang kurz gesagt die Fähigkeit von Städten verstanden, unerwartete Schocks (z.B. Naturkatastrophen, Terrorismus, usw.) und andauernde Stressoren (z.B. soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Erhaltung von kritischer Infrastruktur) „abzufedern“. Ein Schwerpunkt der laufenden Debatte liegt dabei vor allem auf der Gestaltung der intersektoralen Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Ein laufendes Projekt am Forschungsinstitut widmet sich dabei der Frage, wie sich in diesem Bereich globale Best Practices entwickeln, welche Vorreiterrolle internationale

Metropolen einnehmen, und welche Funktionen globale Netzwerke und Initiativen (z.B. 100 Resilient Cities Network, Transatlantic Policy Lab) ausfüllen. Zusätzlich befasst sich das Projekt mit der Integration unterschiedlicher Resilienz-Konzepte und versucht, diese für den Stadtkontext fruchtbar zu machen. Dabei wird zentral auf das Konzept des „City Spirit“ abgestellt.

Basierend auf der Analyse existierender Resilienz-Strategien verschiedener Städte über mehrere Kontinente und Verwaltungstraditionen hinweg, wurden im Berichtszeitraum die Arbeiten des Vorjahres systematisch weiterentwickelt. In einer empirischen Untersuchung zum Zusammenhang von Resilienz und sozialer/ökonomischer Ungleichheit wurde Datenmaterial von insgesamt 10 Städten empirisch ausgewertet und eine Publikation vorbereitet. Ergebnisse dieser Studie wurden auf verschiedenen akademischen Konferenzen und wissenschaftlichen Talks präsentiert. Zudem befindet sich eine konzeptionelle Publikation zur Weiterentwicklung des Resilienz-Konzeptes im urbanen Kontext als „Meta-Governance-Prinzip“ in einem internationalen Top-Journal im Begutachtungsverfahren.

#### **Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance**

VERTICAL<sup>urban</sup>FACTORY: Kriterien, Potenziale und innovative Konzepte der vertikalen Verdichtung von Produktion und Stadt

Die Arbeit an dem von der FFG im Rahmen des

Programms „Stadt der Zukunft“ geförderten interdisziplinären Projekt startete im September 2017. Die Mischung der Funktionsbereiche Wohnen und Arbeiten kann einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Erreichung von ambitionierten Klimaschutz- und Smart-City-Zielen leisten. Während die Transformation der Produktion (Industrie 4.0, customized production) eine teilweise Rückkehr der Produktion in die Stadt nahelegt, stehen dem auf der anderen Seite erhebliche Hürden und Konfliktpotenzial gegenüber. Dazu werden Konzepte „gestapelter Funktionen“ und vertikaler Produktion aus der Perspektive von Städtebau und Architektur, Verkehrswissenschaft sowie Recht und Governance untersucht. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Unternehmensinterviews durchgeführt und das Thema im Rahmen eines Workshops in Kooperation mit der Wirtschaftsförderungsagentur mit zahlreichen Stakeholder/innen aus Verwaltung und Wirtschaft vertieft. Das Team des Forschungsinstituts konnte die inhaltliche Arbeit zu den rechtlichen Rahmenbedingungen im Berichtsjahr abschließen. Der Fokus lag im Berichtsjahr auf der Dissemination der Ergebnisse des Projektes. Die Ergebnisse des Projektes wurden bei einem Abschlusssymposium sowie auf einer internationalen Tagung präsentiert. Weiters wurden ein Booklet sowie ein umfassender Forschungsbericht erstellt und wurden Beiträge für wissenschaftliche Fachjournale erstellt bzw. vorbereitet.

### Der Einsatz städtebaulicher Verträge in Österreich

Die Frage, ob und inwieweit die Gemeinden als Trägerinnen von Privatrechten im Bereich der Raumordnung Verträge abschließen können, war in Österreich lange Zeit mit Rechtsunsicherheiten behaftet, seit der Verfassungsgerichtshof im Jahr 1999 die damalige Salzburger Regelung zur Vertragsraumordnung für verfassungswidrig erklärt hat. Nach wie vor bestehen zwischen den einschlägigen landesgesetzlichen Regelungen und der Praxis der Vertragsraumordnung in österreichischen Städten zum Teil erhebliche Unterschiede. Während u.a. Wien beim Einsatz städtebaulicher Verträge mittlerweile eine Vorreiterrolle in Österreich einnimmt, haben zahlreiche Städte bisher keine oder kaum praktische Erfahrungen mit städtebaulichen Verträgen sammeln können. Diese Unterschiede in der Praxis gehen zu einem wesentlichen Teil auch auf die spezifische Ausgestaltung der rechtlichen Grundlagen zurück. Im Rahmen des Projekts sollen in die rechtlichen Grundlagen vergleichend analysiert und so Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes städtebaulicher Verträge sowie rechtliche Risiken und Verbesserungspotenziale de lege lata analysiert werden. Die Analysen wurden begleitend zur Diskussion der Thematik im Rahmen eines Jubiläumsfondsprojekts (dazu unten) fortgesetzt.

### Städtebauliche Verträge als Instrument der Stadtentwicklung

Wiens Stadtbevölkerung – und mit ihr der Bedarf an Wohnen, Arbeit und Mobilität – wächst. Die qualitätsvolle Stadtentwicklung stellt, gerade für die Smart City Wien, eine zentrale Herausforderung dar. Um die vielfältigen Ziele einer zukunftsorientierten Stadtplanung zu realisieren, können „Städtebauliche Verträge“ als flexibles Instrument der Raumplanung eingesetzt werden.

Das vom WU-Jubiläumsfonds der Stadt Wien geförderte Projekt soll einen Beitrag zur systematischeren Analyse der Rechtsgrundlagen leisten. Im Rahmen eines Stakeholderprozesses werden zunächst Erfahrungen im praktischen Umgang mit städtebaulichen Verträgen in Wien und weiteren österreichischen Städten gesammelt. Im Berichtsjahr wurden vertiefte Fragestellungen im Rahmen eines Workshops mit dem Österreichischen Städtebund diskutiert und die Erstellung eines Positionspapiers zum Thema städtebauliche Verträge fachlich begleitet. Im Rahmen des Netzwerkstreifens des WU Jubiläumsfonds der Stadt Wien wurden erste Ergebnisse des Projekts vorgestellt und diskutiert.

#### Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Bei-

spiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften bis hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von Raumplanung und Energieplanung und die Umsetzung von integrierten Energieversorgungslösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet, die als fachliche Grundlage u.a. für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raumplanung“ dienen sollen.

Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojektes wurde im Berichtsjahr die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung weitergeführt.

#### INFINITE: Innovative Finanzierungsmodelle für nachhaltige urbane Energiesysteme

Ein wesentlicher Baustein für nachhaltige Stadtteile bzw. Stadtentwicklungsgebiete sind nachhaltige urbane Energiesysteme. Diese produzieren erneuerbare Energie in einer lokalen Versorgungseinheit vor Ort. Die dabei gewonnene Energie wird gebäudeübergreifend geliefert. Allerdings sind Projekte im großen Maß-

stab aufgrund der hohen Komplexität und fehlender Finanzierungslösungen bislang schwer umzusetzen. Das von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderte Projekt INFINITE analysiert Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien für die Wärmeversorgung von Neubauquartieren mit einem hohen Anteil von erneuerbaren Energien. Die Projektarbeit hat gezeigt, dass nachhaltige („dekarbonisierte“) Energieversorgungs-lösungen insbesondere durch nicht-förderliche rechtliche Rahmenbedingungen gehemmt werden. Das Projekt analysierte vor diesem Hintergrund die für den Wohnungsneubau bzw. für den Bau urbaner Neubauquartiere entscheidenden gesetzlichen Vorgaben und die auf solche Projekte einwirkenden ökonomischen Instrumente und erarbeitete Empfehlungen und Reformvorschläge, die auch in die Diskussion um die Novellierung der Wiener Bauordnung Eingang fanden. Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse des Projektes im Rahmen der Schriftenreihe Berichte aus Energie- und Umweltforschung des BMVIT publiziert.

#### Stärkung von Orts- und Stadtkernen

Im Rahmen des Projekts wurde in den Bereichen Finanzen, Abgaben, Wirtschaft und Verkehr, Denkmalschutz und Baukultur analysiert, welche Anknüpfungspunkte für eine Stärkung von Orts- und Stadtkernen auf Bundesebene jeweils bestehen. Zudem wurden Umsetzungsansätze sowie rechtspolitische Interessensgegensätze aufgezeigt. Darüber hinaus wurden

Ansatzpunkte im Bereich des Förderwesens untersucht. Im Fokus standen hier die Verknüpfung der Wohnbauförderung mit Qualitätskriterien sowie die Schaffung eines Städtebauförderungsinstrumentes mit Anknüpfung an Orts- und Stadtkerne bzw. Quartiere. Die Ergebnisse wurden für die ÖREK-Partnerschaft „Stärkung der Orts- und Stadtkerne“ aufbereitet und im Rahmen von zwei Sitzungen der ÖREK-Partnerschaft präsentiert. Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse in der Schriftenreihe der Österreichischen Raumordnungskonferenz ÖROK veröffentlicht.

#### Freiraum für Regulatorisches Experimentieren Schaffen – F.R.E.SCH

Expert/inn/en in der Praxis von Forschungs- und Innovationsprojekten im Energiebereich weisen zunehmend auf den Bedarf nach adäquaten Experimentierräumen hin, um systemische Implementierung neuer Integrations- und Marktmodelle zu ermöglichen bzw. um Lösungen mit Speicher- und Energietechnologien in unterschiedlichen räumlichen und regulatorischen Kontexten replizierbar zu machen. Dies macht auch Adaptionen des institutionellen und regulatorischen Rahmen notwendig.

Im Rahmen des interdisziplinären Projekts, das vom BMNT gefördert wird (Abwicklung über das FFG-Programm „Energie.Frei.Raum“) gefördert wird, begann das Projektkonsortium (AIT-Projektlead, JKU-Energieinstitut) im Berichtszeitraum einen Stakeholderprozess zu implementieren. Im Rahmen dieses Prozesses

werden mit relevanten Akteuren aus den Bereichen Innovation, Verordnungs- und Gesetzgebung, Bedarfsträger und Policy Maker relevante Themen- und Fragestellungen erarbeitet.

## **Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung**

### Rechtliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringenden von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor/in-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur

Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl an neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes oder von Investitionskontrollen. 2019 wurden die Arbeiten am Projekt fortgesetzt.

### Konkurrierende Nutzungsansprüche an den urbanen öffentlichen Raum

Gerade in Städten ist der öffentliche Raum für verschiedene und mitunter konkurrierende Formen der wirtschaftlichen Betätigung häufig begrenzt, was zu schwierigen Verteilungsfragen führen kann. Schon die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, dass immer, wenn die Zahl der für eine bestimmte Dienstleistungstätigkeit verfügbaren Genehmigungen aufgrund der Knappheit der natürlichen Ressourcen oder der verfügbaren technischen Kapazitäten begrenzt

ist, die Mitgliedstaaten ein neutrales und transparentes Verfahren zur Auswahl der Bewerber/innen anwenden. Im Rahmen dieses Projekts werden Rechtsfragen im Zusammenhang mit ausgewählten Knappheitssituationen u.a. im Spannungsfeld von Wirtschaftsfreiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeitszielen erörtert und Verteilungsmechanismen auf ihre Handhabbarkeit im kommunalen Kontext untersucht. Im Berichtsjahr wurde die Arbeit an dem Projekt fortgesetzt.

## **2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge**

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines. 2019. Communicating cohesion policy: A look at the regional implementation (2007-2013). Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Brüssel, Belgien, 07.02.

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines. 2019. Communicating cohesion policy: What is the impact on local audiences? Meeting of the INFORM/INIO Network of Cohesion Policy Communicators, Palermo, Italien, 16.05.

Creed, W. E. Douglas, Jancsary, Dennis, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2019. Inequality, political opportunity structures, and the challenges of robust action: An analysis of city resilience strategies. 35th EGOS Colloquium, Edinburgh, Großbritannien, 04.07.-06.07.

Grandori, Anna, Butzbach, Olivier, Leixnering, Stephan, Segrestin, Blanche. 2019. Session: Constitutionalizing the corporation: Purpose,

public interest, and democratic governance in a business & law perspective. SIDE-ISLE, Mailand, Italien, 19.12.-21.12.

Grob, Lisa-Maria. 2019. Städtebauliche Verträge als Instrument der Stadtentwicklung. Netzwerktreffen des WU-Jubiläumsfonds der Stadt Wien, WU Wien, Österreich, 03.12.2019

Gümüsay, Ali Aslan, Smets, Michael, Morris, Timothy. 2019. 'God at work': Engaging central and incompatible institutional logics through elastic hybridity. *Academy of Management Journal*. 63(1), 124-154.

Hammerschmid, Gerhard, Meyer, Renate, Müller, Eduard, Rosenbichler, Ursula. 2019. Panel: Im Dialog. Innovate 2019: Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor. WU Wien, 05.11.

Höllerer, Markus, Jancsary, Dennis, Barberio, Vitaliano, Meyer, Renate. 2019. The interlinking theorization of management concepts: Cohesion and semantic equivalence in management knowledge. *Organization Studies*.

Höllerer, Markus, Jancsary, Dennis, Barberio, Vitaliano, Meyer, Renate. 2019. The interlinking theorization of management concepts: Cohesion and semantic equivalence in management knowledge. SCANCOR-Weatherhead Conference 2019, Harvard University, Cambridge, Vereinigte Staaten/USA, 09.05.-10.05.

Kornberger, Martin. 2019. Poster Session: Zur Governance von Open Government. Netzwerktreffen des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien. 03.12.

Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2019. The logic of tact: How decisions happen in situations of crisis. *Organization Studies*. 40 (2), 239-266.

Leixnering, Stephan, Levillain, Kevin, Segrestin, Blanche, Veldman, Jeroen. 2019. PDW: The fall

and rise of corporate forms: Post-corporate futures and corporate alternatives. AoM Annual Meeting, Boston, Vereinigte Staaten/USA, 09.08.-13.08.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Doralt, Peter. 2019. The forgotten corporation: Rediscovering the icon of economic organization. 15th Workshop on New Institutionalism in Organization Theory, Uppsala, Schweden, 15.03.-16.03.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Doralt, Peter. 2019. The historical rediscovery of public interests in the Aktiengesellschaft. SIDE-ISLE, Mailand, Italien, 19.12.-21.12.

Leixnering, Stephan. 2019. Assessing (infra-) structures for integrity and compliance: Some conceptual thoughts. Sub-working group ‚Integrity and anti-corruption standards‘, EPAC/EACN Working Group ‚EU Integrity‘. Bundesministerium für Inneres, Bundesamt für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung, 28.05.

Leixnering, Stephan. 2019. Die Public-Governance-Perspektive auf die Wirksamkeit öffentlicher Gebarungskontrolle. Symposium ‚Stärkung der Unabhängigkeit‘, Stadtrechnungshof Wien, 13.12.

Leixnering, Stephan. 2019. Science meets audit: Koordination, Kooperation, Kohärenz. Rechnungshof, 21.10.

Leixnering, Stephan. 2019. The Logic of Tact: How Decisions Happen in Situations of Crisis. Gastvortrag an der Queen's University Belfast, Belfast, 18.01.

Madner, Verena. 2019. Umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung: Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten. Ein Problemaufriss aus juristischer Perspektive. 24. Leipziger Umweltrechtliches Symposium, Leipzig, Deutschland, 28.03-29.03.

Madner, Verena, Cities as drivers for sustainability transformations – What role for law and governance? EELF - European Environmental Law Forum, Utrecht, 28.-30.8.

Madner, Verena, Frey, Harald, Grob, Lisa-Maria, Haselsteiner, Edeltraud, Laa, Barbara, Schwaigerlehner, Katja. 2019. VERTIKAL URBAN FACTORY, Innovative Konzepte der vertikalen Verdichtung von Produktion und Stadt. Wien: BMVIT.

Madner, Verena, Grob, Lisa-Maria. 2019. Maßnahmen zur Stärkung von Orts- und Stadtkernen auf Bundesebene (ÖROK-Schriftenreihe Nr. 205). Wien: Österreichische Raumordnungskonferenz.

Madner, Verena, Grob, Lisa-Maria. 2019. Potentiale der Raumplanung für eine klimafreundliche Mobilität. Juridikum. Zeitschrift im Rechtsstaat. (4), 521-532.

Madner, Verena, Mayr, Stefan. 2019. Die Zukunft der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit im europäischen Mehrebenensystem – Aktuelle Entwicklungen in Folge der Achmea-Entscheidung des EuGH. Österreichische Juristen-Zeitung. (5), 207-216.

Madner, Verena, Mayr, Stefan. 2019. Rechtliche Probleme von außenwirtschaftlichen Schutzmechanismen zur Investitionskontrolle. Wien: Arbeiterkammer.

Mayr, Stefan. 2019. EU investment protection under construction - current developments. Guest lecture China University of Political Science and Law, Peking, China, 15.10.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan, Schiffinger, Michael. 2019. The carrot or the stick: Self-regulation for gender-diverse boards via codes of good governance. Journal of Business Ethics.

Meyer, Renate, Leixnering, Stephan. 2019. Ver-

dienen österreichische Politiker/innen im Vergleich ausreichend viel? 100 Jahre Forschung an der WU Wien (Frage #46).

Meyer, Renate. 2019. Back to the future: The forgotten corporation. PDW: The fall and rise of corporate forms: Post-corporate futures and corporate alternatives. AoM Annual Meeting, Boston, Vereinigte Staaten/USA, 09.08.-13.08.

Meyer, Renate. 2019. When research meets the City: Aktuelle Themen an der Schnittstelle zwischen Urban Governance und Organisationsforschung. Netzwerktreffen des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien. 03.12.

Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca, Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines. 2019. The discursive building of European identity through cohesion policy. 35th EGOS Colloquium, Edinburgh, Großbritannien, 04.07.-06.07.

Noel, Hyndman, Liguori, Mariannunziata, Meyer, Renate, Polzer, Tobias, Seiwald, Johann, Steccolini, Ileana. 2019. Justifying public-sector accounting change from the inside: ex-post reflections from three countries. *Abacus*. 55 (3), 582-609.

Sutherland, Margot, Soule, Sarah A., Leixnering, Stephan, Höllerer, Markus A. 2019. Erste Group: Transformation of a banking house — change, leadership, space. Stanford Graduate School of Business Teaching Case OB-101. Stanford University und WU Wien: Stanford, CA, und Wien.

Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Höllerer, Markus, Meyer, Renate. 2019. Envisioning the 'Sharing City': Governance Strategies for the Sharing Economy. *Journal of Business Ethics*. 159(4), 1023-1046.

Wruk, Dominika, Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Höllerer, Markus, Meyer, Renate. 2019. Differences in environmental embeddedness of organizational forms: The case of sharing

economy organizations in Germany. 15th Workshop on New Institutionalism in Organization Theory, Uppsala, Schweden, 15.03.-16.03.

Wruk, Dominika, Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Höllerer, Markus, Meyer, Renate. 2019. Differences in environmental complexity of organizational forms: The case of sharing organizations in Germany. 35th EGOS Colloquium, Edinburgh, Großbritannien, 04.07-06.07.

### 2.3 Lehre und Veranstaltungen

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehren „Public und Nonprofit-Management“ sowie „Organisation“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives in den Master-Programmen „Management“ und „Sozioökonomie bzw. „Socio-Ecological Economics and Policy“ integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten.

Im Berichtsjahr 2019 wurde der Schwerpunkt auf Public Corporate Governance in einzelnen Lehrveranstaltungen fortgesetzt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für

Organization Studies sowie Public Management und Governance und der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management), wurde wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2019 Expert/inn/en zu verschiedene Fragestellungen begrüßt werden, u.a. Markus Stelzman (zu hierarchiefreien Unternehmen), Peter Erhart (zur Risikosteuerung bei den Vereinten Nationen) und Wolfgang Lachkovics (zu Cyber Security).

#### **2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer**

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2019 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen des Aufsichtsrät/inn/en-Lehrgangs zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler/innen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Verwaltungsakademie, dem Rechnungshof, der Akademie Burgenland sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig. Zudem haben Mitarbeiter/innen des Forschungsinstitutes Ihre Expertise für verschiedene Executive-Education-Programme der WU Executive Academy (z.B. Public Auditing) eingebracht und zahlreiche Abschlussarbeiten im „Public Auditing“- und im „Health Care Management“-Programm sowie Projektarbeiten im Rahmen des Universitätslehrganges „Health Care Management“ für den

Wiener Krankenanstaltenverbund der WU Executive Academy von Mitarbeiter/inne/n des Forschungsinstituts betreut.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspraxis auf Wiener sowie auf Bundesebene sowie zum internationalen Austausch bei. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate Meyer hielt etwa die Key Note für das Vernetzungstreffen des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität Wien und nahm an einem Panel u.a. mit dem Bundesminister für Finanzen im Rahmen der „Innovate 2019“ teil. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Verena Madner nahm an einem Panel der Tagung „50 Jahre Kommunalwissenschaften in Österreich“ teil. Dr. Stephan Leixnering stellten im Rahmen eines Symposiums im Wiener Rathaus neue Ergebnisse aus der wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Wirksamkeit von RKB-Prüfungen vor, die vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, Expert/inn/en-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So ist etwa Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Verena Madner Mitglied im Advisory Board Wissenschaft des Klimarats der Stadt Wien und hat die Leitung des Expert/inn/en-Beirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien

„Smart City Wien“ inne. Sie war Mitglied der Jury für das „Goldene Staffelholz 2019“ und ist zudem im Beirat des „Horizon 2020“ Projekts „Smarter Together“ und im Kuratorium des KDZ und des Urban Forum tätig. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes, im Aufsichtsrat des FWF, im Kuratorium des KDZ, im Kuratorium des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität sowie Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl-und-Anneliese-Goerdeler-Stiftung. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllner war gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner/inne/n (u.a. der Stadt Wien und dem Bundeskanzleramt) Gastgeber der internationalen Tagung „Innovate 2019“, die sich dem Thema Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor widmete.

Das 2016 gestartete Projekt „PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion“, das im Rahmen des hochkompetitiven EU-Programmes „Horizon 2020“ gefördert wird, wurde im Berichtsjahr beendet. Fortgesetzt wurde das Projekt zu den Formen der Sharing Economy in Wien gemeinsam mit der MA 23 der Stadt Wien. 2019 wurde darüber hinaus eine Fallstudie in Kooperation mit der Erste Group Bank im Rahmen der Harvard Business Case Collection gemeinsam mit der Stanford University erarbeitet, die nun international für die Weiterbildung von Top-Führungskräften zur Verfügung steht.

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate Meyer war im Berichtsjahr Division Chair Elect der OMT Division der Academy of Management. Zudem sind Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate Meyer als Präsidentin und Dr. Stephan Leixnering als ihr Stellvertreter im Vorstand der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management (ÖVO) tätig. Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber/innen internationalen Austauschs zur Vernetzung bei. 2019 war Prof. W. E. Douglas Creed (The University of Rhode Island, Boston/MA, USA), erneut am Forschungsinstitut tätig. Darüber hinaus waren weitere internationale Wissenschaftler/innen im Berichtsjahr Gäste des Forschungsinstitutes. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Renate Meyer und Dr. Stephan Leixnering waren zudem als internationale Mitglieder des Centre for Not-for-profit and Public-sector Research an der Queen’s Management School, Belfast, Großbritannien, tätig.

## **Kontakt**

Forschungsinstitut für  
*Urban Management und Governance*  
WU Wirtschaftsuniversität Wien  
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien  
[www.wu.ac.at/urban](http://www.wu.ac.at/urban)